

Armin von Bogdandy • Jürgen Bast
(Hrsg.)

Europäisches Verfassungsrecht

Theoretische und dogmatische Grundzüge

2., vollständig aktualisierte und erweiterte Auflage

4u Springer

Inhaltsverzeichnis

Autorenverzeichnis XXIX

Der verfassungsrechtliche Ansatz und das Unionsrecht -
Von einem Konstitutionalismus der Verrechtlichung zwischenstaatlicher .
Beziehungen zu einer liberaldemokratischen Politisierung der EU

Armin von Bögdandy und Jürgen Bast.....1
1. Idee des Buches. 1
2. Auftau des Buches. 3
3. Reaktionen auf Kritik. 7

I. Gegenstand, Grundlagen und Grundbegriffe

Grundprinzipien

Armin von Bogdandy. 13

I. Ziele, Thesen und Prämissen. 13

II. Zur Wissenschaft unionaler Grundprinzipien. 15

1. Grundprinzipien und Verfassungsrechtswissenschaft. 15

2. Drei Aufgaben einer prinzipienorientierten Rechtsdogmatik. 17

a) Rechtsdogmatischer Konstruktivismus • 17

b) Anwendungsorientierte Rechtsdogmatik. 20

c) Pflege und Fortentwicklung der „rechtlichen Infrastruktur“. 22

3. Rechts- und integrationspolitische Perspektiven. 22

III. Allgemeine Fragen einer europäischen Prinzipienlehre. 25

1. Der Untersuchungsgegenstand. 25

a) Prinzipien im Unionsrecht. 25

b) Unionale Grundprinzipien und ihr verfassungsrechtlicher Charakter. 27

c) Prinzipien des Völkerrechts. 29

2. Zur Rolle mitgliedstaatlicher Verfassungsprinzipien. 30

3. Einheitliche Grundprinzipien angesichts uneinheitlichen Primärrechts. 33

IV. Prinzipielles zum Verhältnis Union - Mitgliedstaaten. 36

1. Einheitsbildung unter dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. 36

a) Illehtstaatlichkeit und überstaatliches Recht. 36

b) Das Prinzip der Wirksamkeit. 38

c) Das Prinzip umfassenden Rechtsschutzes. 42

2. Prinzipien des politischen Prozesses. 43

a) Rechtsstaatlichkeit und Legalitätsprinzip. 43

b) Prinzipien der Kompetenzordnung. 46

c) Das Prinzip freier Interessenverfolgung. 49

3. Prinzipien des Verbunds aus Union und Mitgliedstaaten. 50

a) Der Verbund als neue Perspektive. 50

b) Prinzip struktureller Kompatibilität oder Homogenitätsprinzip?. 52

c) Prinzip der loyalen Zusammenarbeit und die föderale Balance	54
V Prinzipielles zum Verhältnis Einzelner- Union	55
1. Prinzip der gleichen Freiheit	56
2. Prinzip des Grundrechtsschutzes	59
3. Prinzip der Rechtsstaatlichkeit	62
4. Das Demokratieprinzip	62
a) Entwicklung und allgemeiner Gehalt	62
b) Demokratieprinzip und Organstruktur	65
c) Transparenz, Beteiligung, Deliberalion und Flexibilität	66
d) Supranationale Demokratie: eine Evaluierung	68
5. Das Solidaritätsprinzip	69
VI. Schlussbetrachtung	71

Föderalismus und Demokratie

<i>Stefan Oeter</i>	73
I. Einführung: Die Europäische Union y ein föderales Gemeinwesen?	73
II. Die verschiedenen „Föderalismusdiskurse“ - eine Skizze	76
III. Die Europäische Union als föderatives „Mischsystem“	81
IV. Vom Nutzen föderaler Analogien - oder: der Zentralstaat als Leitbild der Staatstheorie	85
1. Die Souveränitätsfrage	87
2. Volkssouveränität und die „Verfassung“ der Europäischen Union	90
V. Die Rolle des Demokratieprinzips im föderalen „Staatenverbund“	97
VI. Die Konstruktion demokratischer Verantwortlichkeit - Erfahrungen föderaler Systeme	102
1. Exekutivföderalismus und parlamentarische Demokratie	103
2. Demokratische Verantwortlichkeit und das Institutionensystem der EU	106
3. „Demokratiedefizit“ und der Drang zur Konkordanzdemokratie	112
4. Europäisches Konkordanzsystem und die sozialen Voraussetzungen funktionierender Demokratie	114
VII. Schlussfolgerungen: Die föderale „Verbundverfassung“ - ein zukunftsfähiges Modell?	116

Staatliches Unionsverfassungsrecht

<i>Christoph Grabenwarler</i>	121
I. Einleitung	121
II. Das Verhältnis zwischen dem Recht der Union und dem nationalen Verfassungsrecht	123
1. Umfassender Vorrang des Gemeinschaftsrechts	123
2. Begrenzter Vorrang des Gemeinschaftsrechts vor Verfassungsrecht	124
3. Vorrang der Verfassung	129
4. Die Situation in den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten der jüngsten Beitrittsgeneration	131
5. Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Begründungsansätzen	133
6. Die Rechtslage nach dem Vertrag von Lissabon	135
III. Inhalte des Unionsverfassungsrechts der Mitgliedstaaten	135
1. Souveränität und Übertragung von Hoheitsrechten	136

2. Struktursicherungsklauseln	140
3. Föderale und dezentrale Einheiten	143
4. Die Stellung der nationalen Parlamente	149
5. Grundrechte	158
IV. Zusammenfassende Beobachtungen zum Verhältnis des nationalen Verfassungsrechts zum Recht der Union	167
1. Die handelnden Organe der Verfassungsordnung	167
2. Interdependenzen zwischen den Verfassungsordnungen der Mitgliedstaaten untereinander sowie zwischen mitgliedstaatlichen Verfassungen und europarechtlichen „Nebenverfassungen“	170
3. Typologie nach der inhaltlichen Ausrichtung: Integrationsoffene und defensive Anpassungen	171
4. Entwicklung zur gegenseitigen Verklammerung der Verfassungen zu einem Verfassungsverbund	173

Völkerrechtliche Verfassungselemente

<i>Robert Uerpmann-Witzack</i>	177
I. Öffnung der Rechtsordnung zum Völkerrecht als Verfassungsfrage	177
II. Inkorporation völkerrechtlicher Verfassungselemente als unmittelbar anwendbares Recht	182
1. Automatische Inkorporation von Völkergewohnheitsrecht	182
2. Beitritt zu völkerrechtlichen Nebenverfassungen	186
a) WTO	186
aa) Art. 300 Abs. 7 EG als Ausgangspunkt	186
bb) Theorie der unmittelbaren Anwendbarkeit	187
cc) Abgrenzung unterschiedlicher Gerichtsbarkeiten	190
dd) Das Argument der Gegenseitigkeit	191
ee) Das Argument des Verhandlungsspielraums	192
ff) Einschränkung der internen Wirkung durch den Rat	195
gg) Interne Wirkung ohne unmittelbare Anwendbarkeit	196
hh) Der EuGH zwischen Monismus und Dualismus	198
b) EMRK	199
3. Rechtsnachfolge kraft Funktionsnachfolge und Formen der mittelbaren Bindung	201
a) GATT 1947	201
b) EMRK	202
aa) Rechtsnachfolge i.e.S.	203
bb) Durchgriff auf die Mitgliedstaaten	204
cc) Gewährleistungsverantwortung der Mitgliedstaaten	205
III. Transformation völkerrechtlicher Verfassungselemente in Unionsrecht	207
1. Primärrechtliche Inkorporation	207
a) Unionsrechtliche Rechtsnachfolge	207
b) Ausdrückliche primärrechtliche Inkorporation - insbes. Art. 6 Abs. 2 EU	208
c) Allgemeine Rechtsgrundsätze	210
2. Sekundärrechtliche Inkorporation - insbes. die Umsetzung von UN-Sanktionen	211
IV. Bewertung und Ausblick	214
1. Gründe für unterschiedliche Rezeption	214

a) Souveränitätswahrung	214
b) Die EU als Grundrechtsgemeinschaft	217
aa) Verstärkte Bezugnahme auf EMRK. und EGMR.	217
bb) Verstärkte Kontrolle mitgliedstaatlichen Verhaltens.	218
cc) Versuch einer Erklärung	220
c) UN-Sanktionen als Sonderproblem	221
2. Änderungen durch den Lissabonnet Vertrag	222

Verfassunggebende Gewalt- Verfassung- Konstitutionalisierung

<i>Christoph Möllers</i>	227
I. Vorüberlegung: Bedeutungsebenen des Verfassungsbegriffs	227
II. Grundlegung: Zwei Typen von Verfassung	229
1. Herrschaftsbegründung: Verfassung als Politisierung des Rechts.	230
a) Herrschaftsbegründung	230
b) Normativität, Vorrang und Verurkundlichung der Verfassung	232
c) Fazit	234
2. Herrschaftsprüfung: Verfassung als Verrechtlichung der Politik	234
a) Herrschaftsbegrenzung als Verrechtlichung von Herrschaft	234
b) Eingeschränkte Normativität	236
c) Fazit	237
3. Grundlegung: Verfassung als Kopplung von Politik und Recht	238
III. Diskussionsstand - eine kritische Bestandsaufnahme	240
1. Nationalstaat und Autonomie des Europarechts.	240
a) Verfassung als nationalstaatliches Phänomen	240
b) Heteronomie und Autonomie des Unionsrechts.	242
2. Relativierungen des Verfassungsbegriffs.	244
a) Gleichsetzung von Verfassung und Verfassungsfunktionen.	244
b) Verfassungselemente.	246
3. Bund - Verbund - Fragment - Regime: Vielheiten der Verfassung	247
4. Fazit	249
IV. Anwendung: Begriffe der Verfassung in Europa	250
1. Verfassunggebende Gewalt des Volkes — das Kriterium gleicher Freiheit	250
2. Verfassung: die Europäischen Verträge als formelle Unionsverfassung	255
a) Urkundlichkeit der Verträge	257
b) Vorrang der Verträge.	260
aa) Verfassung als Argurrient- der EuGH und die Binnenhierarchie der Vertragsregeln.	260
bb) Vorrang des Vertragsrechts.	262
c) Die Verträge als formale Verfassung: supranationale Überverrechtlichung und intergouvernementale Politisierung	264
3. Konstitutionalisierung	265
a) Gemeineuropäisches Verfassungsrecht- Prinzipienbildung	266
b) Grundrechte-Charta	267
c) Administrative Konstitutionalisierung - Governance.	268
d) Zur Legitimation von evolutionären Konstitutionalisierungsprozessen.	270
V. Europäisches Verfassungsrecht als Rechtsgebiet.	271

VI. Politische Grenzen der semantischen Verfassung	274
1. Deliberativer Konvent und intergouvernementale Methode.	274
2. Politische Zäsuren	275
3. Verfassungsnominalismus	276

Finalität

<i>Ulrich Haltern</i>	279
I. Konjunkturen der Finalität Europas	279
1. Die Notwendigkeit der Vergewisserung über europäische Finalität	280
2. Verunsicherungen über den Gegenstand „Europa“.	281
3. Heteronomie als Lösung?	282
4. Reformwille vs. Soziales Legitimationsdefizit	283
5. Sich kreuzende Finalitäts- und Identitätsdiskurse	285
6. Diskursgemengelage in der europäischen Praxis	288
II. Der rechtswissenschaftliche Bezugsrahmen: Macht, Recht, Kultur und das Politische	291
1. Der Beitrag des Rechts	291
2. Der Ansatz einer Kulturtheorie des Rechts: Von Funktion und Fortschritt zu Bedeutungen des Politischen	293
3. Das Imaginäre von Macht und Recht	296
4. Souveränität als Kern des Imaginären	301
III. Die europäische Suche nach dem Politischen	305
1. Post-Souveränität und Recht: Umrisse	307
2. Die Liquidierung von Souveränität	311
3. Europarecht als post-souveränes Speichermedium	313
4. Post-Post-Souveränität (1): Politische Ästhetik	316
5. Post-Post-Souveränität (2): Politisches Recht	319
IV Finalität, Identität, Post-Souveränität: Optionen	326

II. Das institutionelle Recht

Die politischen Organe

<i>Philipp Dann</i>	335
I. Einleitung und Zielsetzung	335
II. Die Organe im rechtswissenschaftlichen Diskurs - ein Rückblick	337
1. Rat, Kommission und die Anfänge der Forschung zu den Organen	337
2. Das Europäische Parlament: Lieblingsobjekt deutscher Gemeinschaftsrechtler	340
3. Institutionenforschung seit den 1990er Jahren	341
III. ExekutivÖrderalismus als konzeptioneller Rahmen	343
IV. Die institutionelle Ordnung	346
1. Der Rat	346
a) Die Form folgt der Funktion: Mitglieder, Organisation und Kompetenzen	346
b) Entscheidungsmodus: Mehrheitsentscheid und Konsens	349
2. Das Europäische Parlament	354
a) Wahlfunktion: Die negative Kurationskompetenz	355
b) Kontrollfunktion: eine Frage der internen Organisation	358
c) Rechtsetzungsfunktion: Kooperation und Konsensbildung	360

3.	Die Europäische Kommission	363
a)	Einführung und das Problem politischer Führung	363
b)	Die Organisationsstruktur: die Form einer konsensualen Regierung	365
c)	Funktionen: Agenda-Setter, Vermittlerin und Staatsanwältin	367
aa)	Agenda-Setter	367
bb)	Vermittlerin	367
cc)	Staatsanwältin der Verträge	368
d)	Schlussfolgerung und das ungelöste Problem politischer Führung	368
4.	Der Europäische Rat	370
a)	Organisatorische Form: Das Ideal des „Kamingesprächs“.	370
b)	Funktionen	372
aa)	Richtungsweiser	372
bb)	Schiedsrichter und Koordinator	373
cc)	Konstitutioneller Motor	373
c)	Schlussfolgerungen	374
aa)	Eine Institution nach dem Rezept des Exekutivföderalismus	374
bb)	Der Europäische Rat und die Europäische Kommission als zweiköpfige Führung	376
d)	Eine dreiköpfige Führung? Der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik	377
V.	Legitimation des institutionellen Systems	378
1.	Das Dilemma der nationalen Parlamente	378
a)	Die Probleme der nationalen Parlamente	379
b)	Reform durch den Vertrag von Lissabon	380
2.	Das Europäische Parlament und die Grenzen seiner Repräsentationsfunktion	382
3.	Schlussfolgerung und Vorschlag: eine semi-parlamentarische Demokratie	384
VI.	Zusammenfassung und Ausblick	386

Kompetenzen

	<i>Martin Nettesheim</i>	389
I.	Kompetenzlehren des Unionsrechts	389
1.	Der Begriff der Kompetenz	389
2.	Kompetenz und politische Programmatik	392
3.	Kompetenz und Föderation	397
a)	Begründung originärer Kompetenzen	397
b)	Prinzip der begrenzten Ermächtigung	398
c)	Kompetenz-Kompetenz in gesamthänderischer Verbundenheit von EU und Mitgliedstaaten	401
d)	Kompetenzielle Letztinterpretationsbefugnis beim EuGH	402
4.	Kompetenz und Institution	405
5.	Kompetenzbedarf für amtliches Handeln	407
6.	Kompetenz, Rechtsfehlerhaftigkeit und Geltung	408
II.	Kompetenztypen des Unionsrechts	410
1.	Eindimensionalität der Kompetenzzuweisung	410
2.	Positivierte und ungeschriebene Kompetenzen	411
a)	Der Regelfall: Kompetenzbegründung durch Vertragsbestimmung	411
b)	Ungeschriebene Kompetenzen durch EuGH-Rechtsfortbildung	412
c)	Insbesondere: Ungeschriebene Kompetenzen im Außenbereich	414

3. Kompetenzcharakteristika (Breite, Tiefe, Dichte, Modus, Ausrichtung)	418
4. Ausschließliche, konkurrierende und parallele Kompetenzen	423
a) Die Qualifikation der internen Kompetenzen	424
aa) Ausschließliche Kompetenzen	424
bb) Komplementäre Kompetenzen	426
cc) Konkurrierende Kompetenzen?	426
dd) Parallele Kompetenzen	427
b) Der Bestand auswärtiger Kompetenzen	429
aa) Ausschließliche, konkurrierende und parallele Außenkompetenzen	429
bb) Komplementäre Ausübung der auswärtigen Gewalt (Gemischte Abkommen)	432
cc) Actio pro unionein	434
III. Die Wahl zwischen verschiedenen Kompetenznormen	434

Auswärtige **Gewalt**

<i>Daniel Thym</i>	441
I. Vorbemerkung	441
II. Verfassungsrechtliche Ausgangslage	443
1. Eigenart der auswärtigen Gewalt	443
2. Wandel der auswärtigen Gewalt	448
III. Supranationale Außenbeziehungen	45 I
1. Ausweitung der EG-Verbandskompetenz	451
a) Expansive Phase	452
b) Konstitutionelle Konsolidierung	454
2. Verhältnis von Gemeinschafts- und Völkerrecht	456
3. Supranationale Entscheidungsfindung: parlamentarisches Defizit?	460
4. Materielle Rechtsbindung auswärtigen Handelns	464
a) Gerichtliche Zuständigkeit	464
b) Reduzierte Kontrolldichte	466
c) Inhaltliche Ausrichtung	468
IV. Intergouvernementale Außen- und Sicherheitspolitik	469
1. Intergouvernementale Entscheidungsfindung	471
2. Militärische Exekutivfunktion	475
3. Rechtsnatur des Unionsrechts	477
V. Verbundcharakter auswärtiger Gewalt	481
1. Vertikaler Verbund von Gemeinschaft und Mitgliedstaaten	481
2. Horizontale Kohärenz von Union und Gemeinschaft	483
3. Einheitlichkeit der Außenvertretung: Reformperspektiven	485
VI. Fazit	487

Handlungsformen und Rechtsschutz

<i>Jürgen Bast</i>	489
I. Ausübung von Hoheitsgewalt und ihre gerichtliche Kontrolle als Verfassungsfragen	489
II. Dogmengeschichtliche Skizzen: Handlungsformen- und Rechtsschutzdiskurse im Wechselspiel	492
I. Die EGKS als Verwaltungsunion: Entscheidungen und direkter Rechtsschutz der Betroffenen	492

2. Die EWG als Rechtsetzungsunion:	
Verordnungen und indirekter Rechtsschutz	495
a) Die Verordnung als Standardhandlungsform	495
b) Die Vorabentscheidung als Rechtsschlitzverfahren	497
3. Rechtsetzung und Verwaltung im föderalen Verbund:	
Richtlinien und der Schulz subjektiver Gemeinschaftsrechte	501
a) Die Entdeckung der Richtlinie als Form der Gesetzgebung	502
b) Der Rechtsschutzauftrag der nationalen Gerichte	506
4. Die EU/EG im Reformjahrzehnt:	
Proliferation der Handlungsformen und Rechtsschutzdefizite?	507
a) Rahmenbeschlüsse und die Rechtsschutzdefizite der Säulenstruktur	508
b) Systematisierung oder Vereinfachung?	
Wege zur Reform der Handlungsformen	511
aa) Der Ruf nach Hierarchisierung und Vereinfachung durch den Vertragsgeber	512
bb) Der Beitrag der Wissenschaft zur Reform der Handlungsformen	513
c) Systemwechsel oder punktuelle Erweiterung?	
Wege zur Reform des Individualrechtsschutzes	516
III. Dogmatische Analyse I:	
Der Weg zur Formenneutralität des Rechtsschutzsystems	518
1. Anfechtbare Handlungen nach Art. 230 Abs. I EG:	
die Generalklausel judikativer Kontrolle	519
2. Anfechtbare Entscheidungen nach Art. 230 Abs. 4 EG:	
die Generalklausel direkten Individualrechtsschutzes	521
a) Die an den Kläger gerichtete Entscheidung	521
b) Die „als Verordnung“ ergangene Entscheidung	522
IV. Dogmatische Analyse II:	
Strukturentscheidungen zur Ordnung der Handlungsformen	525
1. Strukturentscheidung für ein offenes Handlungsformensystem	525
a) Die Normstruktur des Art. 249 EG	526
b) Kein Numerus clausus der Handlungsformen	526
c) Grenzen der Entwicklungsoffenheit	528
2. Strukturentscheidung für die nicht-hierarchische Einheit des abgeleiteten Rechts	529
a) Gleichrang der Rechtsetzungsorgane	530
b) Gleichrang der Rechtsetzungsverfahren	531
c) Gleichrang der verbindlichen Handlungsformen	532
d) Gleichrang von vertragsunmittelbaren und habilitierten Rechtsakten („Durchführungsrecht“)	534
e) Fehlende Hierarchie als Systemanomalie?	536
3. Strukturentscheidung für eine Differenzierung der Handlungsformen nach rechtlichen Wirkungen	537
a) Das Gültigkeitsregime: Formspezifische Anforderungen an Legalität und Wirksamkeit	537
aa) Wirksamkeitsanforderungen	538
bb) Rechtmäßigkeitsanforderungen	539
b) Der Wirkungsmodus als Schlüsselkategorie der Formensystematik	541

V. Handlungsformen und Rechtsschutz nach dem Lissabonner Vertrag 544

1. Zur Neugestaltung der Handlungsformen:

 die Kreation des europäischen Gesetzes („Gesetzgebungsakte“) 545

 a) Vereinfachung 545

 b) Hierarchisierung 546

 aa) Vier Aspekte des Gesetzes-Begriffs im nationalen Verfassungsrecht . . . 547

 bb) Verstärkung öffentlicher Kontrolle als Kennzeichen
 der „Gesetzgebung“ 551

2. Neuerungen für den Rechtsschutz des Einzelnen 554

 a) Ausweitung des Normalfalls: zur Demontage der dritten Säule. 554

 b) Modifizierung des Normalfalls: zur Reform
 des Individualrechtsschutzes. 555

Verfassungsgerichtsbarkeit

Franz C. Mayer. 559

I. Bestandsaufnahme: Der EuGfI und nationale oberste Gerichte -
Kollision oder Kooperation? I. 560

1. Prozedurale Perspektive: Die Vorlageverpflichtung nach Art. 234 EG
(Art. 267 AEUV). 562

 a) Die Vorlageverpflichtung nationaler oberster Gerichte
 aus europarechtlicher Perspektive. 562

 b) Die Vorlagepraxis der nationalen obersten Gerichte 564

 c) Stellungnahme. 568

2. Materiell-rechtliche Perspektive. 569

 a) Die Sicht des EuGH. 569

 b) Die Perspektive der nationalen obersten Gerichte. 572

 aa) Das BVerfG. 572

 (1) Grundrechte: Solange I und II (1974/1986). 573

 (2) Kompetenzen: Das Maastricht-Urteil (1993). 574

 (3) Zusammenfassung: Das BVerfG auf der Brücke. 577

 bb) Die anderen Obergerichte der EU 15. 578

 cc) Die Obergerichte in den jüngsten Mitgliedstaaten der EU 27
 und der Beitrittskandidaten. 581

3. Zwischenergebnis. 584

II. Analyse und theoretische Einordnung 585

1. Möglichkeiten zur rechtlichen Gestaltung der Letztentscheidungsfrage. 585

2. Möglichkeiten einer theoretischen Einordnung 590

 a) Bestehende Einordnungs- und Lösungsversuche. 590

 b) Einbettung in eine zeitgemäße Verfassungskonzeption. 592

 aa) Vorklärung: Welche Verfassung?
 Verfassung, Verfassungsverbund und Mehrebenenverfassung. 593

 bb) Die Rolle von Gerichten im europäischen Mehrebenensystem. 596

 c) Komplementäre Verfassungsgerichtsbarkeit - Einwände. 598

 aa) Asymmetrie der europäischen Verfassungsgerichtsbarkeit. 598

 bb) Verflüchtigung von Verantwortung und Heimatlosigkeit
 der Gemeinwohlbestimmung 601

 cc) Erkenntniswert? 601

3. Zwischenergebnis. 602

III. Neuere Entwicklungen im Verhältnis zwischen europäischer und nationaler Gerichtsbarkeit	602
1. Die Gerichte und die Kernthemen des Reformprozesses.	603
2. Offene Fragen	604
IV. Zusammenfassung	606

III. Die Rechtsstellung des Einzelnen

Unionsbürgerschaft

<i>Stefan Kadelbach</i>	611
I. Einleitung	611
II. Die Idee der Unionsbürgerschaft	614
1. Geschichte	614
2. Die Konstruktion des europäischen Bürgerstatus	618
a) Staatsangehörigkeit	618
b) Staatsbürgerschaft	619
c) Unionsbürgerschaft	621
aa) Staatsangehörigkeit als Voraussetzung der Unionsbürgerschaft	621
bb) Unionsbürgerschaft als Ergänzung der Staatsbürgerschaft	622
III. Die rechtlichen Komponenten der Unionsbürgerschaft	623
1. Individualrechte auf der Grundlage des EG-Vertrages	623
a) Grundfreiheiten	623
b) Sekundäres Recht: Unionsbürger als Steuerzahler, Leistungsempfänger und Verbraucher.	624
2. Unionsbürgerrechte im engeren Sinne	625
a) Freizügigkeit	625
b) Politische Rechte und Zugang zu öffentlichen Ämtern	627
aa) Kommunalwahlrecht	628
bb) Europawahlrecht	629
c) Petition, Information, Zugang zu Dokumenten	630
d) Diplomatischer und konsularischer Schutz	633
3. Unionsbürgerrechte und Diskriminierungsverbot	635
a) Verbindungen zwischen Unionsbürgerschaft und Diskriminierungsverbot	635
b) Derivative soziale Rechte	636
c) Derivative kulturelle Rechte	638
4. Das Verhältnis der Unionsbürgerschaft zu den Grundrechten	639
5. Unionsbürgerliche Pflichten?	642
6. Zwischenbeweitung	643
IV. Die Zukunft der Unionsbürgerschaft	645
1. Unionsbürger im europäischen Mehrebenensystem	645
a) Bürgerstatus und Identität	645
aa) Multinationales Modell	645
bb) Universalistische Theorie	648
b) Bürgerschaftliche Identitäten in mehrstufigen Systemen	649
c) Komplementarität des Bürgerstatus und politische Mitwirkung	652
2. Unionsbürgerschaft und demokratische Legitimation	653
3. Unionsbürgerschaft und europäische Verfassung	654
V. Abschließende Bemerkungen und Ausblick	655

Grundrechte

<i>Jürgen Kühling</i>	657
I. Einleitung	657
II. Stationen der Entwicklung des Grundrechtsschutzes.	662
1. Die Entwicklung des prätorischen Grundrechtsschutzes.	662
2. Die Grundrechtsdiskussion in der Ära der Grundrechte-Charta	664
a) Neue Diskussionsimpulse durch die Verabschiedung der Grundrechte-Charta - Zeit für eine radikale Neuausrichtung der Grundrechtsentwicklung?.	664
b) Fehlende Rechtsverbindlichkeit aber Katalysatorwirkung	666
c) Grundrechte-Charta und ‚Exit-Protokoll‘ - Risse in der Wertegemeinschaft?.	669
III. Kernelemente einer Grundrechtsdogmatik.	671
1. Vorbemerkung: Funktionen und notwendige Fortentwicklung der Grundrechtsdogmatik.	671
a) Funktionen der Grundrechtsdogmatik vor dem Hintergrund divergierender Grundrechtskulturen.	671
b) Notwendigkeit der Fortentwicklung der bisherigen Grundrechtsdogmatik des EuGH.	673
2. Schutzdimensionen der Grundrechte.	674
a) Subjektives Abwehrrecht	674
b) Schutzpflichten und ihre gerichtliche Durchsetzbarkeit (Schutzgewährrechte).	675
c) Derivatives Teilhaberecht.	678
d) Originäres Leistungsrecht.	678
3. Grundrechtsverpflichtete.	679
a) Bindung der Organe der EG und der EU.	679
b) Bindung der Mitgliedstaaten als Determinante der vertikalen Reichweite der Unionsgrundrechte.	680
aa) Die Position des EuGH - Grundrechte im Anwendungsbereich des Gemeinschaftsrechts: agency Situation und Beschränkungen der Grundfreiheiten.	680
bb) Künftige Festigung des EuGH-Standpunktes.	682
cc) Erweiterung der bisherigen Fallkategorien?.	683
4. Grundrechtsberechtigte.	686
a) Natürliche Personen.	686
b) Juristische Personen.	687
5. Struktur der Grundrechtsprüfung.	688
a) Überblick über die ‚Prüfungssystematik‘.	688
b) Schutzbereich der Grundrechte und Eingriff in den Schutzbereich.	689
c) Rechtfertigung des Eingriffs in die Grundrechte.	691
aa) Eingriff von gesetzlicher Grundlage gedeckt.	691
bb) Legitimer Zweck.	692
cc) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.	693
(1) Geeignetheit.	694
(2) Erforderlichkeit.	695
(3) Verhältnismäßigkeit i.e.S.	695
(4) Kontrolldichte und Bewertungsspielräume (margin of appreciation)	695

dd) Wesensgehaltsgarantie	699
d) Besonderheiten bei der Prüfung besonderer Grundrechtstypen und Schutzpflichten	699
IV. Ausblick: Materiellrechtliches und institutionelles Arbeitsprogramm	701

Grundfreiheiten

<i>Thorsten Kingreen</i>	705
I. Die Grundfreiheiten im rechtswissenschaftlichen Diskurs	705
II. Die Grundfreiheiten im Prozess der Europäisierung und Konstitutionalisierung	710
1. Der politisch-institutionelle Kontext I: Das Horizontalverhältnis zwischen EuGH und europäischem Gesetzgeber	711
a) Die Grundfreiheiten in der Krise der Gemeinschaft	711
b) Die Grundfreiheiten nach der Einheitlichen Europäischen Akte	714
c) Die Grundfreiheiten in der Phase der Konstitutionalisierung	716
2. Der politisch-institutionelle Kontext II: Das Vertikalverhältnis zwischen EuGH und mitgliedstaatlichem Gesetzgeber	718
a) Die Grundfreiheiten als Mehrebenenormen	718
b) Die Grundfreiheiten im europäischen Verfassungsverbund	720
3. Transnationale Integration oder (supra-)nationale Legitimation?	725
III. Dogmatische Umsetzung der Kontextanalyse	726
1. Die Struktur und Reichweite der Grundfreiheiten	727
a) Die Grundfreiheiten als Diskriminierungsverbote	727
aa) Kritik des freiheitsrechtlichen Verständnisses der Grundfreiheiten	727
bb) Ein neuer Angriff auf die Keck-Formel: Die Schlussanträge von Generalanwalt Maduro in <i>Alfa Vita Vassilopoulos</i>	730
b) Auswirkungen auf die Rechtfertigungsprüfung	735
2. Der Gesetzesvorbehalt	740
3. Die Bindung der Union an die Grundfreiheiten	741
4. Die Unionsgrundrechte als Schranken-Schranken der Grundfreiheiten	741
IV. Die sog. Privatwirkung der Grundfreiheiten	743
1. Unmittelbare Privatwirkung?	743
2. Die Alternative: Das Recht auf hoheitliche Schutzgewähr	746
V. Schluss	748

Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

<i>Jörg Monar</i>	749
I. Einführung	750
1. Die verfassungsrechtlichen Bedeutung des RTSR	750
2. Thematische Abgrenzung	752
3. Methodologische Vorbemerkung	753
II. Das grundlegende Vertragsziel und seine konzeptionelle Dimension	753
1. Der RFSR als grundlegendes Vertragsziel	753
2. Der Begriff des Raums	755
3. Der Begriff der Freiheit	758
4. Der Begriff der Sicherheit	759
5. Der Begriff des Rechts	761

III. Der RFSR in der Vertragsarchitektur	764
1. Die Aufteilung zwischen den Säulen	764
2. Konsequenzen der Aufteilung zwischen den Säulen	766
3. Fragen der Abgrenzung	768
4. Die Aufhebung der Säulenteilung durch den Vertrag von Lissabon	771
IV. Differenzierte Beteiligungsformen als verfassungsrechtliche Komponente des RFSR	773
1. Die verfassungsrechtliche Bedeutung der Differenzierung	773
2. Die Opt-outs	773
3. Die Opt-in-Möglichkeiten	774
4. Die Möglichkeiten zur „verstärkten Zusammenarbeit“	776
5. Die Stellung der assoziierten Schengen-Mitglieder	778
V. Ein Raum der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten	779
1. Die kooperative Orientierung des gegenwärtigen vertraglichen Rahmens	779
2. Die Kommission und der Gerichtshof als (begrenzte) Faktoren der Integration	781
3. Die Beibehaltung der Logik der Zusammenarbeit im Vertrag von Lissabon	785
VI. Die Stellung des Einzelnen in einem Raum zusammenarbeitender Mitgliedstaaten	786
1. Der Einzelne als passiver Begünstigter des RFSR	786
2. Zwei versäumte Gelegenheiten: Die Charta der Grundrechte und die Unionsbürgerschaft	788
3. Der Schutz der Rechte des Einzelnen	789
VII. Schlussfolgerungen	795

IV. Gesellschaftsverfassung

Wirtschaftsverfassung im Binnenmarkt

<i>Armin</i>	<i>Hat</i>	<i>je</i>	801
I. Wirtschaftsverfassung und europäische Integration			801
1. Aktualität des Themas			801
2. Begriff und Funktionen der Wirtschaftsverfassung			803
a) Annäherung			803
b) Definitionen			804
c) Abgrenzung			805
3. Die europäische Wirtschaftsverfassung			805
a) Erweiterung der Debatte auf ein übergeordnetes Referenzsystem			805
b) Der Verbundcharakter der europäischen Wirtschaftsverfassung			806
c) Funktionelle Besonderheiten der europäischen Wirtschaftsverfassung			807
4. Wirtschaftspolitische Gestaltungsspielräume			807
a) Formen der Zuweisung			807
b) Dogmatische Konsequenzen			808
II. Systementscheidung und Funktionsgarantien			809
I. Die Entscheidung für eine offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb			809
a) Rechtsqualität			810
b) Inhalte			810
2. Funktionsgarantien einer marktwirtschaftlichen Ordnung			811

a)	Privatautonomie als Grundbedingung eines marktwirtschaftlichen Systems.	811
aa)	Wirtschaftsteilnehmer als Rechtssubjekte.	812
bb)	Individuelle und unternehmerische Handlungsfreiheit.	812
cc)	Gleichheit der Marktteilnehmer.	813
b)	Koordination durch Tausch auf offenen Märkten.	813
aa)	Sichere Verfügbarkeit der Tauschobjekte.	814
(1)	Eigentum.	814
(2)	Stabile Währung.	815
bb)	Abbau staatlicher Marktschranken durch die Grundfreiheiten.	815
(1)	Stetige Ausdehnung der Schutzbereiche.	816
(2)	Einschränkende Aspekte.	817
cc)	Kommunikationsfreiheit.	818
dd)	Begrenzte Offenheit nach Außen.	818
c)	Wettbewerb als Instrument der Koordination.	819
aa)	Funktion und Begriff.	820
bb)	Bereichsausnahmen vom Wettbewerbsprinzip.	821
cc)	Wettbewerb und Marktversagen.	821
3.	Funktionsgarantien des Marktes und Wirtschaftspolitik.	821
a)	Ziele der Gemeinschaftstatigkeit.	822
b)	Instrumente.	822
c)	Wirtschaftsverfassungsrechtliche Konsequenzen.	823
TU.	Wirtschaftspolitische Gestaltungsspielräume der Gemeinschaft.	823
1.	Asymmetrien der Kompetenzordnung.	823
a)	Tendenzen der bisherigen Entwicklung.	824
b)	Das Verhältnis von Wirtschafts- und Wahrungunion.	825
2.	Rechtsformen der Wirtschaftspolitik.	825
3.	Bereiche gemeinschaftlicher Wirtschaftspolitik.	826
a)	Ordnungspolitik.	826
aa)	Marktöffnung durch Rechtsangleichung.	826
bb)	Liberalisierung regulierter Märkte.	827
cc)	Aufbau eines Raumes der Freiheit und der Sicherheit.	828
b)	Verlaufspolitik.	828
aa)	Finanzpolitik.	828
bb)	Maßnahmen der Strukturförderung.	828
(1)	Sektorielle Strukturpolitik.	829
(2)	Regionale Strukturpolitik.	829
(3)	Aktionen der Europäischen Investitionsbank.	830
cc)	Beschäftigungspolitik.	830
dd)	Umweltpolitik.	831
ee)	Weitere Politikbereiche.	832
c)	Verteilungs- und Sozialpolitik.	832
aa)	Verteilungspolitische Ziele der Gemeinschaft.	832
bb)	Ergänzende Sozialpolitik.	833
cc)	Ansätze einer europäischen Arbeits- und Sozialordnung.	834
d)	Prinzipielle Wahlfreiheit im Rahmen der Generalklausel.	835
4.	Gestaltungsgrenzen.	836
a)	Zielpraferenzen.	836

b)	Erhöhte Effektivität marktintegrativer Instrumente	837
aa)	Abgestufte Autonomie	837
bb)	Prozedurale Sicherungen	837
cc)	Rechtswirkungen der Handlungsformen	838
c)	Tatbestandliche Sicherungen	838
aa)	Subsidiaritätsprinzip	838
bb)	Schutz durch Funktionsvorbehalte	839
(1)	Vorbehalte zugunsten der Errichtung und des Funktionierens des Binnenmarktes	839
(2)	Vorbehalte zugunsten des unverfälschten Wettbewerbs	839
cc)	Rechtliche Wirksamkeit	840
d)	Rechtfertigungslasten	840
aa)	Subjektive Rechte als Grundlage von Rechtfertigungslasten	840
bb)	Verhältnismäßigkeit'-Gebot des Interventionsminimums	841
5.	Die Währungsunion in der Wirtschaftsverfassung	841
IV.	Wirtschaftspolitische Gestaltungsspielräume der Mitgliedstaaten	842
1.	Verfassungsrechtliche Ausgangspositionen	842
a)	Systemscheidungen	842
b)	Funktionsgarantien einer marktwirtschaftlichen Ordnung	843
c)	Interventionistische Tendenzen	843
2.	Marktrelevante Gestaltungsspielräume	844
a)	Ordnungspolitische Vorbehalte	844
aa)	Autonome Gestaltung der Eigentumsordnung	844
bb)	Bestandsgarantie zugunsten der Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	845
cc)	Bereitstellung öffentlicher Güter	846
b)	Verlaufspolitische Gestaltungsspielräume	847
c)	Verteilungspolitische Gestaltungsspielräume	847
d)	Das Problem des Systemwettbewerbs	848
3.	Gestaltungsgrenzen	848
a)	Marktwirtschaftliche Ausrichtung	848
b)	Quantitative Begrenzung des finanziellen Interventionspotenzials	849
c)	Verhältnismäßigkeit als qualitative Schranken finanzieller und regulativer Eingriffe	849
aa)	Legitimation anhand europäischer Maßstäbe	850
bb)	Eignung und Erforderlichkeit als Gebote des Interventionsminimums	850
cc)	Konkordanz von Wettbewerb und Intervention?	851
V.	Bilanz und Perspektiven	852
Arbeitsverfassung		
	<i>Florian Rödl</i>	855
I.	Einführung	855
1.	Europäische Verfassung und gesellschaftliche Ordnung	855
2.	Zum Begriff der Arbeitsverfassung	858
II.	Die EWG-Arbeitsverfassung und der soziale Integrationskompromiss	861
1.	Die Grundnormen der Arbeitsverfassung der EWG	861
2.	Grundlage und Funktion der EWG-Arbeitsverfassung	863
a)	Das Versprechen der neo-klassischen Ökonomie	863

b) Der soziale Integrationskompromiss	865
3. Gestalt der europäischen Arbeitsverfassung im gesellschaftlichen Wandel	868
III. Die positiv-rechtliche Gestalt der EU-Arbeitsverfassung	869
1. Übersicht über den Normbestand	869
a) Rechte	869
b) Leitnormen	872
c) Kompetenzen	872
2. Das Kernproblem der fehlenden Kongruenz	874
IV. Die Form der europäischen Arbeitsverfassung	877
1. Eine integrierte europäische Arbeitsverfassung „im Werden“?	877
a) Marksteine der Entwicklung der europäischen Arbeitsverfassungsnormen	877
aa) Aufbau autonomer arbeitsrechtlicher Kompetenzen: Einheitliche Europäische Akte (1987) und Sozialabkommen von Maastricht (1993)	877
bb) Konstitutionalisierung von Rechten: Die Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer (1989) und die EU-Charta der Grundrechte (2001) „;“.	879
cc) Vermehrung der Leitnormen: Sozialabkommen von Maastricht (1993) und Amsterdamer Vertrag (1999)	881
dd) Neuerungen durch den Lissabonner Vertrag	882
b) Eine historisch und polit-ökonomisch verfestigte Asymmetrie	882
2. Eine post-regulatorische Arbeitsverfassung für die EU?	885
3. Die EU-Arbeitsverfassung im europäischen Arbeitsverfassungsverbund	888
a) Schutz der Autonomie mitgliedstaatlicher Arbeitsverfassung	888
aa) Horizontale Schutzrichtung: Arbeitskollisionsrecht und Grundfreiheiten	888
bb) Vertikale Schutzrichtung: Wettbewerbs- und Binnenmarktrecht	891
b) Legislative Kompetenzen für marktfunktionale Harmonisierung	894
aa) Arbeitsrechtlicher Diskriminierungsschutz	894
bb) Flarmonisierungen für Maschinen, Produktionsstoffe und Anlagen-Märkte	895
cc) Harmonisierung des übrigen technischen und des sozialen Arbeitsschutzes	896
dd) Arbeitsrechtlicher Annex europäischen Gesellschaftsrechts	897
c) Transnationalisierung arbeitsverfassungsrechtlicher Rechte	898
aa) Transnationale Berufsfreiheit	898
bb) Transnationale Mitwirkungsrechte	899
cc) Transnationale Tarifautonomie	901
V Schluss	903
Wettbewerbsverfassung	
<i>Josef</i>	
<i>Drexl</i>	905
I. Einführung: Zwischen Reformvertrag und Ökonomisierung	905
II. Die Auswirkungen des Lissabonner Reformvertrages auf das Wettbewerbsrecht ..	908
1. Der Schutz des unverfälschten Wettbewerbs im Binnenmarkt- noch ein Ziel des Unionsrechts?	908
a) Analyse der Neuregelung	909
b) Die Garantie des unverfälschten Wettbewerbs als Schranke der Abwägung kollidierender Ziele bei Anwendung des Wettbewerbsrechts	912

c)	Eingriffe in die „Struktur des Wettbewerbs“ als Missbrauch marktbeherrschender Stellung	913
2.	Die Verschiebung der Systemgarantie der „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ im Lissabonner Vertrag	916
III.	Die Ökonomisierung des Wettbewerbsrechts als Antwort auf ein Rechtsanwendungsproblem	918
1.	Historische Entwicklung und Charakterisierung des more economic approach	919
a)	Die Vertikal-Gruppenfreistellungsverordnung von 1999: Der neue „auswirkungsbezogene“ Ansatz	919
b)	Unmittelbare Anwendbarkeit von Art. 81 Abs. 3 EG (Art. 101 Abs. 3 AEUV)	921
c)	Reform der europäischen Zusammenschlusskontrolle	923
d)	Reform der Anwendung von Art. 82 EG (Art. 102 AEUV)	925
e)	Die Reform der Rechtsdurchsetzung und die Stärkung der privaten Rechtsdurchsetzung	929
f)	Zwischenfazit	933
2.	Mangelnde Rechtssicherheit	933
3.	Erforderlichkeit von Prognoseentscheidungen	935
4.	Anmaßung von Wissen	937
5.	Missachtung der institutionellen Dimension	939
6.	Plädoyer für einen „even more economic approach“	940
IV.	Die Ziele des Kartellrechts aus ökonomischer Sicht	940
1.	Verbraucherwohlfahrt als Ziel des europäischen Wettbewerbsrechts	941
a)	Verbraucherwohlfahrt als ökonomisches Ziel der Wettbewerbspolitik	941
b)	Das Ziel Verbraucherwohlfahrt in der europäischen Wettbewerbspolitik	941
c)	Verbraucherwohlfahrt als Ziel des europäischen Wettbewerbsrechts aus der Sicht der europäischen Verfassungsordnung	942
2.	Der consumer surplus Standard im europäischen Wettbewerbsrecht	943
a)	Die ökonomische Beurteilung	944
b)	Die Behandlung der Frage in der europäischen Wettbewerbspolitik	945
c)	Der consumer surplus Standard und die Effizienzverteidigung aus der Sicht der europäischen Verfassungsordnung	945
3.	Das Vorliegen eines Verbrauchernachteils als Voraussetzung der Wettbewerbsbeschränkung	948
a)	Die ökonomische Beurteilung	948
b)	Praxis der europäischen Wettbewerbspolitik	948
c)	Beurteilung aus der Sicht der europäischen Verfassungsordnung	949
4.	Zwischenbefund	951
V.	Die Ökonomisierung im Lichte eigener Ziele der europäischen Verfassungsordnung	952
1.	Das grundrechtliche Freiheitsparadigma	953
a)	Die wirtschaftliche Handlungsfreiheit des einzelnen Wirtschaftsteilnehmers	953
b)	Schutz der Freiheit des Wettbewerbs	954
2.	Das gemeinschaftsrechtliche Ziel wirtschaftlicher Integration	955
VI.	Zusammenfassung	956

V. Gesamteinschätzungen

Die Europäische Union als föderaler Zusammenschluss von Staaten und Bürgern

<i>Ulrich Everling</i>	961
I. Einleitung	961
II. Grundlagen der Europäischen Union	963
1. Ziele der Union	963
a) Entstehung der Gemeinschaft	963
b) Fortentwicklung der ursprünglichen Ziele	965
2. Die Europäische Union als Politische Union	967
a) Der politische Gehalt der wirtschaftlichen Integration	967
b) Einbeziehung der Politik der Mitgliedstaaten	968
3. Die Europäische Union als Wirtschaftsunion	970
a) Öffnung der nationalen Märkte	970
b) Wettbewerbspolitik und sonstige Politiken	972
III. Die Institutionen im System der Union	974
1. Besonderheiten der institutionellen Regelungen	974
a) Parteipolitische Pluralität	974
b) Einbeziehung der nationalen Verwaltungen	976
2. Beschlussverfahren	978
a) Mehrheitsentscheidungen	978
b) Delegation von Durchführungsmaßnahmen	980
3. Kompetenzen und Legitimation zur Rechtsetzung	981
a) Kompetenzverteilung	981
b) Legitimation der Rechtsetzung	984
IV. Die Verfassungs- und Rechtsordnung der Europäischen Union	987
1. Verfassungsstruktur der Union	987
a) Verfassungsdiskussion in der Union	987
b) Organisationsstruktur der Union	988
2. Die Union als Rechtsgemeinschaft	990
a) Rechtsstaatliche Prinzipien	990
b) Allgemeine Rechtsgrundsätze	992
3. Rechtsschutzsystem	993
a) Europäische Gerichtsbarkeit	993
b) Rechtsschutz und Verfahren	996
V. Rechtliche Bewertung und Zukunft der Europäischen Union	998
1. Zur Stellung der Mitgliedstaaten in der Union	998
a) Wahrung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten	998
b) Einwirkung auf die Mitgliedstaaten	999
2. Folgerungen und Bewertung	1002
a) Deutungsversuche	1002
b) Zusammenfassung im föderalen Prinzip	1004
3. Ausblick: Zur Zukunft der Union	1005

Der europäische Staatenverbund

<i>Paul Kirchhof</i>	1009
I. Der Verzicht auf den Verfassungsvertrag	1009
1. Die europäische Rechtsgemeinschaft als Gemeinschaft des Maßes	1009
a) Das Erfordernis von mehr Demokratie	1010
b) Keine Verfassunggebung	1011
2. Integrationsrealität und Integrationshoffnung	1013
3. Verfassung - einheitlicher Text oder Grundordnung eines Staates?	1014
4. Versteigende Verfassung und dynamische Entwicklungsordnung	1016
II. Das Verhältnis von Verfassungsrecht und Europarecht	1017
1. Verfassungsrechtliche Geltungsbedingungen des Europarechts	1017
2. Die Europäische Union als Staatenverbund	1019
3. Die Europäisierung des Verfassungsrechts	1022
4. Ein „Mehrebenenmodell“?	1023
III. Der Staat	1024
1. Staatlichkeit und Europaoffenheit,	1024
2. Das in Freiheit vorgefundene Staatsvolk	1025
3. Souveränität	1027
4. Neue Aufgaben für den Staat	1029
IV. Der Staat im Verbund	1030
1. Entwicklung eines gemeinsamen Verfassungsrechts im Umfeld des Maastrichter Vertrages	1030
2. Die Supranationalität	1034
3. Lebendigkeit des totgesagten Staates	1035
4. Der Kooperationsauftrag	1036
5. Moderne Formen der Gewaltenbalance	1038
a) Die Rechtsquellen	1039
b) Freiheitssichernde Gewaltenbalance	1039
c) Entscheidungsrichtigkeit und Entscheidungsverantwortlichkeit	1040
d) Zukunfts- und Gegenwartsorganisationen	1041
aa) Die europäische Zukunftsgewalt	1041
bb) Die Gegenwartsgewalt der Mitgliedstaaten	1042
e) Gewaltenkooperation	1042
6. Das Europa der Staaten als Friedens- und Freiheitschance	1043

Die Vorzüge der Europäischen Verfassung

<i>Manfred Zuleeg</i>	1045
I. Die Europäische Verfassung - ein Faktum	1045
II. Die Vorzüge im Einzelnen	1048
1. Die Vorzüge der Europäischen Institutionen	1048
a) Die Europäische Union als Rechtsgemeinschaft	1048
b) Die Verträge als Grundlage der europäischen Verfassung	1049
c) Das Organisationsstatut	1049
d) Die Konstruktion der europäischen Rechtsetzung	1052
e) Rechtshandlungen	1053
2. Aufgaben und Ziele	1054
3. Die Aufteilung der Hoheitsgewalt	1054

4. Verfassungsgrundsätze1056
a) Demokratie1056
b) Rechtsstaatlichkeit1058
c) Föderative Grundsätze1060
d) Grundrechtsschutz1063
5. Strukturmerkmale der europäischen Rechtsordnung1064
6. Der Umfang der Verfassung1067
III. Die zukünftige Entwicklung1068
1. Der Bedarf nach einer Verfassung1068
2. Die Überschaubarkeit der europäischen Verfassung1069
3. Der Vertrag von Lissabon und die weitere Konstitutionalisierung der Union ..	.1070
a) Einstellung auf künftige Herausforderungen1070
b) Form und Inhalt der Verträge nach Lissabon1070
c) Die institutionelle Struktur der Union nach Lissabon1071
d) Die Stärkung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in der EU1071
e) Die Grundrechte1072
f) Die Kompetenzverteilung zwischen Mitgliedstaaten und Union1072
4. Differenzierte Zusammenarbeit statt Abkehr von der Integration1074
IV. Ausblick1075
Sachregister1077